



Elementarschadenpflichtversicherung einführen, um Verbraucher:innen gegen die finanziellen Folgen von Extremwetterereignissen abzusichern

Politische Forderungen zur Landtagswahl 2026

1. Problem:

In den letzten Jahren haben Naturkatastrophen wie Überflutungen und Stürme mit teils extremen Schäden deutlich zugenommen, sowohl was die Häufigkeit als auch die Intensität der Ereignisse anbelangt. Expert:innen werten das als Folge des Klimawandels und befürchten eine weitere Zunahme solcher Ereignisse. Trotz der Ahrflutkatastrophe im Jahr 2021 ist die Versicherungsquote in Rheinland-Pfalz aber nur leicht gestiegen und immer noch rund jedes 2. Haus nicht gegen Elementarschäden versichert. Auch bundesweit beträgt die Versicherungsquote nur rund 57%. Eine signifikante Erhöhung der Versicherungsdichte auf freiwilliger Basis ist offensichtlich nicht zu erreichen. Ohne eine solche private Absicherung muss der Staat daher bei der nächsten Katastrophe erneut einspringen und die öffentlichen Finanzen werden zum wiederholten Male belastet. Falls nach einer Naturkatastrophe einmal keine ausreichenden finanziellen Mitteln seitens des Staates für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden können, erhöhen sich dadurch auch das Risiko von Wertverlusten und Verödung ganzer Regionen. Um das Vertrauen in die Politik zu stärken, sind hier klare, verlässliche Strukturen für den Katastrophenfall nötig – denn kurzfristige Hilfen, abhängig von Haushaltslagen, reichen nicht aus.

2. Rechtlicher Status Quo

Im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Einführung einer Elementarschadenpflichtversicherung aufgeführt, wobei hier jedoch noch viele Detailfragen zu klären sind. Sollte es auf Bundesebene zu keiner Einigung auf eine Pflichtversicherung kommen, besteht auch die rechtliche Möglichkeit, jeweils auf Länderebene eine solche Pflichtversicherung einzuführen.

3. Forderungen der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz

- Der Gesetzgeber sollte eine Elementarschadenpflichtversicherung mit staatlicher Rückversicherung einführen, angelehnt beispielsweise an das französische Modell, um einen flächendeckenden Schutz sicherzustellen.
- Um einen umfassenden Schutz gegen Naturgefahren zu erreichen, sollte der Versicherungsschutz ausgeweitet werden, d.h. auch Risiken wie Sturmflut, Grundhochwasser, und Trockenheit einzbezogen werden.



- Eine flächendeckende Pflichtversicherung gegen Elementarschäden würde zu niedrigeren Beiträgen führen, denn die Versicherungskosten würden solidarisch statt risikobasiert gestaltet werden.
- Flankierende, präventive (bauliche) Maßnahmen (z.B. wasserdichte Kellerfenster) der Immobilienbesitzer:innen sollten gefördert werden; deren Nichtumsetzung kann bei wiederholten Schadensfällen dann zu Kürzungen der Versicherungsleistung führen.

